

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der Illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühren betragen für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 267.

Montag, den 14. November 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Geschäft und Politik.

Als vor zwei Jahren die Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten stattfanden, schrieb die „Lübz. Volksztg.“, die Börse rein aus dem Häuschen. Es hieß: wenn der Demokrat gewählt wird, steht es schlecht um das Geschäft, wird der Republikaner gewählt, wird das Geschäft blühen. Als dann Taft glücklich Präsident wurde, gab es einen gewaltigen Boom an der Börse, die Spekulanten schlugen rein Purzelbäume. Der Republikaner Taft hat denn auch die auf ihn gesetzten Hoffnungen der Großindustriellen voll und ganz erfüllt, indem er die Erhöhung der Schutzzölle durchdrückte. Auf der andern Seite hat er die Redensarten gegen die Trusts, mit denen er und sein damaliger Freund Roosevelt bei der Wahlkampagne Bauernfang trieben, schleunigt vergessen. Es ist den „reichen Räubern“, wie Roosevelt die Kleptokraten der großen Trusts nannte, kein Härchen gekrümmt worden.

Aber das Bombengeschäft, von dem die Geschäftsleute träumten, ist ausgeblieben. Statt daß die glänzende Konjunktur sich weiter entwickelte, war zu Beginn dieses Jahres ein starker Rückschlag auf fast allen Gebieten bemerkbar. Die Fabrikanten merken bald, daß es mit der Erhöhung der Zölle einen Haken hat, denn der Absatz ging zurück, während die Preise der Rohstoffe beständig in die Höhe geschraubt wurden, die Kaufleute aber spürten am eigenen Beutel die Bescherung, denn vielfach gelang es nicht, die Preise gemäß den erhöhten Zöllen in die Höhe zu schrauben. Indessen ist dieser Rückschlag der Konjunktur wohl nur zum geringsten Teil auf die Zollpolitik der Union zurückzuführen. Vielmehr handelt es sich um einen für dieses Land typischen Vorgang. Die Krisen wirken hier ganz besonders verheerend, aber sie gehen relativ schnell vorüber, es folgt ein lebhafter Aufschwung, der dann aber wieder abflaut und erst nach längerer Zeit tritt wieder die wirkliche Belegung ein, die zur ziellosen Hochkonjunktur führt. Die Erklärung ist wohl darin zu suchen, daß man in der Union gewohnt ist, beim Hereinbrechen der Krise die Produktion plötzlich in einem Maße einzuschränken, das in Europa nicht möglich wäre. Das typische Beispiel dafür ist das Verfahren des Stahltrusts. Im 3. Quartal (Juli-September) 1907 hatte er eine Produktion von 43 804 000 Tonnen zu verzeichnen gehabt. Im Oktober brach die Krise aus und im November wurden Hochöfen in großer Zahl ausgeblasen, was zur Folge hatte, daß im vierten Quartal nur noch 32 554 000 Tonnen Stahl produziert wurden; im ersten Quartal 1908 waren es aber nur noch 18 229 000 Tonnen. Eine solche Reduktion von 43,8 auf 18,2 Tonnen wäre in anderen Ländern einfach unmöglich. Warum derartige Reduktionen in Amerika eintreten, in Europa nicht, das erklärt sich wohl aus den Kreditverhältnissen einerseits, aus der Organisation der Betriebe andererseits. Der europäische Unternehmer weiß aus Erfahrung, daß wenn er einmal seine Produktion reduziert hat, er nicht sobald wieder die geübten Arbeitskräfte findet, die Kundenschaft verliert, die Beziehungen zu den Lieferanten nicht gleich wieder nach Belieben anknüpfen kann. Da er auf der andern Seite über Kredit verfügt, sucht er zunächst weiter zu produzieren, nimmt Ware auf Lager, reduziert den Preis. Das bedeutet oft für ihn Produktion mit ganz minimalem Profit oder gar Verlust, aber das ist immer noch weniger gefährlich als Stilllegung. Der amerikanische Fabrikant dagegen wird in der Krise einfach gezwungen, die Hufe zu schließen, weil der Kredit plötzlich abgebrochen wird. Er schreckt auch nicht davor zurück, seine Arbeiter zu entlassen, denn bei der eigentümlichen Leichtigkeit, mit der der amerikanische Arbeiter sich entschließt, seinen Wohnort zu verlassen und am andern Ende des Landes, wenn es sein muß, Arbeit zu suchen, ist der Fabrikant stets sicher, Arbeiter zu finden, wenn er sie braucht. — Eine derartige Reduktion der Produktion auf sozusagen einen Ruck, führt dann dazu, daß die Warenvorräte sehr schnell schwinden und man glaubt dann sofort die Krise überwunden, während in Wirklichkeit immer noch der Warenmarkt und der Geldmarkt desorganisiert und die Rückschläge sich einstellen. So war es bei dem vorletzten Zyklus und jetzt wieder: 1901 Krise in Europa und Amerika; aber in Amerika 1903 wieder flott Geschäft und 1904 scharfer Rückschlag, dann Erholung und 1906/07 Hochkonjunktur; dagegen in Europa lange Depression, erst 1905 wirkliche Besserung und 1906/07 Hochkonjunktur. Der letzte Zyklus: 1907 Krach in Amerika und Europa; in Amerika 1909 flott Geschäft, 1910 Rückschlag, während in Europa erst Anfang 1910 die Konjunktur sich etwas bessert, aber bis jetzt noch schleppender Geschäftsgang herrscht.

Indessen in den Köpfen spiegelt sich die Sache anders. Man ist auf Freihandel oder auf Schutzzoll eingeschworen; das Geschäft geht nicht, Schuld muß die verfluchte Politik sein. Heute ist unter dem Eindruck des Rückschlages die Geschäftswelt Amerikas auf den Schutzzoll schlecht zu sprechen.

Mit viel mehr Recht macht dagegen das große Publikum, die Arbeiterschaft die Politik für die Steuerung verantwortlich. Es hat in der Tat die Schutzollpolitik und die Begünstigung der wucherischen Trusts diese Steuerung verschuldet. Deshalb fluchen heute die Massen der Roosevelt-Partei, der sie vor kurzem noch großes Vertrauen entgegenbrachten.

Aus dieser Stimmung heraus erklärt sich wohl der Sieg der demokratischen Partei am vergangenen Dienstag, ein Sieg, der eine demokratische Mehrheit im Repräsentantenhaus sichert. Und — sonderbar! — ebenso wie die Börse vor zwei Jahren den Sieg des republikanischen Präsidenten mit einer Hauffe quittierte, so injiziert sie jetzt eine Hauffe aus Anlaß des demokratischen Sieges.

Sonderbar ist das vor allem deshalb, weil vorläufig von einer Änderung der Wirtschaftspolitik keine Rede ist. Selbst wenn die Demokraten wollen, können sie den Zolltarif nicht von heute auf morgen ändern. Vor allem deshalb nicht, weil im Kongreß (gemässmaßen das Oberhaus des Parlamentes) die Republikaner vorläufig die Mehrheit behalten und der Präsident natürlich bleibt, zu einer Änderung der Zollgesetze indessen die Zustimmung des Repräsentantenhauses, des Kongresses und des Präsidenten notwendig ist.

Fraglich könnte nur sein, wie es mit der Politik gegenüber den Trusts werden wird. Hier gilt es vor allem, sich nicht von Schlagworten blenden lassen. Der Name der Partei sagt absolut nichts. Die amerikanischen „Demokraten“ sind genau so demokratisch, wie unsere National-liberalen liberal sind. Daß also diese „Demokraten“ aus demokratischem Prinzip gegen die Trusts vorgehen und den Präsidenten zwingen, seine bei der Wahl gemachten Versprechungen zu erfüllen, ist nicht wahrscheinlich. Allerdings spielt ein anderes Moment mit. Roosevelt, der bei all seinem albernem Größenwahn eine feine Nase für das politische Geschäft hat, scheint zu der Überzeugung gelangt zu sein, daß irgend etwas geschehen müsse, um die Popularität der republikanischen Partei zu retten. Deshalb drängt er die Partei gegen den Willen Tafts auf neue Bahnen, und da scheint es nicht ganz ausgeschlossen, daß bei dem Wettlauf um die Gunst der Wähler die Demokraten wie die Republikaner schließlich sich zu einem Kampfe gegen die Trusts aufraffen. Aber selbst wenn das der Fall sein sollte, ist damit noch lange nicht gesagt, daß wirklich etwas Ernstes gegen die Kleptokraten geschieht. Erstens wird auch bei den Demokraten mit Wasser gekocht, und die Trustmilliardäre üben, wenn nötig, jenen Einfluß auf „demokratische“, wie auf „republikanische“ Abgeordnete und Beamten. Zweitens ist es gar nicht so einfach, in einem kapitalistischen Staat der Macht des Kapitals durch Gesetze Dämme zu ziehen. Um also den Trusts wirklich auf den Leib zu rücken, dazu müßte erst einmal die demokratische Form mit demokratischem Geiste gefüllt werden. Das bedeutet aber heute nichts anderes als Verdrängung der kapitalistischen Geschäftspolitik durch Repräsentanten der arbeitenden Massen. Erst wenn nicht die „Demokraten“ Wahlsiege erringen, sondern die Sozialdemokraten, werden die Milliardäre, die die Trusts beherrschen, fürchten müssen, daß ihren Wucherpraktiken ernsthafte Hindernisse entstehen. Solange das nicht der Fall ist, bleibt alles beim alten, trotzdem die Börse so viel Aufhebens von den politischen Vorgängen macht.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Kampf um die Ortskrankenkassen.

Die Scharfmacher rufen zu energischem Vorgehen, für sie bildet die Verwaltung der Ortskrankenkassen den springenden Punkt in der ganzen Reichsversicherungsordnung. Der Vertrauensmann des rheinisch-westfälischen Unternimmtums, der Landtagsabgeordnete Hirsch-Essen hat in einer Mitgliederversammlung des Verbandes der Nationalliberalen zu Lüden die über die Wünsche der Scharfmacher sich ausgelassen. Nach seiner Ansicht kann die Sozialdemokratie nur dann energisch bekämpft werden, wenn man ihr die Verwaltung der Ortskrankenkassen nimmt. Zu diesem Zweck sind die Unternehmer bereit, eine Mehrbelastung von 56 Millionen auf sich zu nehmen. Wenn die Hälfte der Beiträge nicht durchgesetzt wird, dann ist die ganze Reichsversicherungsordnung weit schlimmer, als wie gar keine Reform. Die Reichsversicherungsordnung dürfe nicht zu einem Hebel für

die Partei des Umsturzes werden. Abg. Hirsch schloß seine Rede:

„Daß das nicht bereits mit der nötigen Deutlichkeit von der zuständigen Stelle erklärt ist, muß in höchstem Maße bedauerlich erscheinen und ist für mich einfach unerklärlich. Die Regierung darf hier nicht kapitulieren; wie vor dem äußeren Feind, so muß sie auch vor dem innern feststehen.“

In die gleiche Kerbe haut natürlich auch die „Post“. Sie erklärt die ganze Reichsversicherungsordnung für unannehmbar, wenn nicht die Verwaltung der Ortskrankenkassen den Unternehmern ausgeliefert wird.

Krapulinski und Waschlapski.

Die beiden polnischen Kampfhähne Napieralski und Korsantj haben, wie bereits mitgeteilt, ihren Frieden geschlossen. Dadurch gehen nicht weniger als acht polnische Zeitungen in den Besitz des Abg. Napieralski über. Korsantj und Napieralski erlassen in den Blättern eine gemeinsame Erklärung, in der sie die Notwendigkeit der Einigkeit der Polen betonen und weiter mitteilen, daß vertragsmäßig folgendes festgelegt ist:

„Sollten Korsantj und Napieralski in irgendeiner wichtigen Frage zu keiner Verständigung gelangen, so entscheidet ein (polnisches) Bürgergericht, zu welchem jede Partei zwei Mitglieder wählt, die dann selbst den unparteiischen Vorsitzenden zu wählen haben. Dem Urteil dieses Gerichtes müssen sich beide Parteien bedingungslos unterwerfen.“

Wie lange der Frieden dauert, bleibt abzuwarten.

Eine Ministerkrise.

Die „Deutschen Nachrichten“ hatten in ihrer Freitagnummer die Nachricht gebracht, daß es zwischen dem Schatzsekretär Wermuth einerseits und dem Kriegsminister von Heeringen und dem Marineminister Tirpitz andererseits bei der Aufstellung des Etats zu heftigen Zusammenstößen gekommen sei. Da Wermuth Sieger geblieben war, wurde von Rücktrittsabsichten des Kriegs- und Marineministers gesprochen. Diese Nachricht ist, wie zu erwarten war, eifrig dementiert worden. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ und die „Post“ versichern einmal über das andere, daß die Meinung der „Deutschen Nachrichten“ voll und ganz aus der Luft gegriffen sei. Das Marineamt teilt dem „Lokal-Anzeiger“ mit, daß in diesem Jahre bei der Aufstellung des Etats nicht einmal persönliche Verhandlungen zwischen dem Staatssekretär des Reichsmarineamts und dem Staatssekretär Wermuth notwendig geworden, sondern alle Beratungen in Sitzungen der Kommissare der beiden Behörden — wie dies den Anordnungen des Reichskanzlers und den Gepflogenheiten entspräche — zum Abschluß gebracht.

Insbesondere sei Erfindung, daß für die Marine eine größere Summe zu Rüstungsbefestigungen neugefordert sei.

Die angebliche Absicht des Staatssekretärs des Reichsmarineamts, seinen Abschied im nächsten Jahre zu nehmen, bestehe auch nicht. Von einer Amtsmüdigkeit sei jedenfalls dem Marineamt nicht das geringste bekannt.

Das Kriegsministerium gibt eine ähnliche Erklärung ab. Es habe zwischen dem General v. Heeringen und Wermuth volles Einvernehmen geherrscht. Auch sei es unrichtig, daß der Kriegsminister ein Septennat statt eines Quinquennats gefordert habe.

Diesen Dementis gegenüber erklären die „Deutschen Nachrichten“ in ihrer Sonnabend-Abendausgabe, daß sie ihre Mitteilungen vollkommen aufrechterhalten. — Die „Deutsche Tageszeitung“ befragt gleichfalls in gewissem Umfang die Meinung der „Deutschen Nachrichten“. Das Agrarierblatt sagt, daß selbstverständlich Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der einzelnen Ressorts und dem Reichsschatzamt stattgefunden haben, und daß es nicht ganz leicht war, die erforderliche Einigkeit herzustellen. Die Einigkeit sei aber hergestellt worden, und zu einem Entlassungsgehabe des Kriegsministers und des Staatssekretärs des Reichsmarineamts sei es nicht gekommen.

Die ungenügende Militärvorlage.

Die neuen Anforderungen des Kriegsministers, 12 000 Mann mehr Soldaten, hat dem Organ der Industriellen, die an Heeresvorlagen Geld verdienen, schwere Beklemmungen verursacht. Besorgt sagt die „Post“:

Bei dem, was der Militäretat für 1911 an Neubildungen bzw. neuen Maßnahmen bringt, kommt man nicht in Versuchung, zu befürchten, es könne zu viel verlangt sein, wohl aber zu fragen, ob das Verlangte auch erreicht? Ist nicht Möglichkeit gegenüber dem Reichsschatzsekretär und Besorgnis vor dem Urteil des Reichstages den Kriegsminister veranlaßt, haben weniger zu fordern, als das dringende Bedürfnis gebot? Stöckel abschließendes stellen die Forderungen für 1911 nicht dar.

Letzteres ist zweifellos richtig, die neue Vorlage ist nur der dünne Anfang, dem das dicke Ende nachfolgen wird. Die dividendenstückerne Großindustrie muß aber nicht

Der Krieg der Eminenzen.

Ein namhafter, des Modernismus nicht verdächtiger katholischer Gelehrter hat Mitte Oktober in der "Münchener Post" einen aufsehenerregenden Artikel über römische Projekte gegen die Modernisten und christlichen Gewerkschaften veröffentlicht.

Der Brief, den Kardinal Ropp in betreff der Frau Neuhaus-Dorimund (das ist nämlich die Frau N. des Schreibers) an Frau v. Schalscha abhandelte, war streng vertraulich.

Wenn freilich die "Rheinische Zeitung" noch weitere Sätze aus dem Schreiben an Fräul. v. Schalscha publiziert, so irt sie sich, in diesem Schreiben standen die Sätze nicht!

Der Diamantenkoffer.

Erzählung aus Rußlands Revolutionstagen. Von Friedrich Thieme.

10. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

"Ja, ja", murmelte nun Albert in halber Verwirrung.

Wenn ich Ihnen in vorliegender Angelegenheit raten soll, sprach der beredete Geheimpolizist weiter, so machen Sie auf dem Schiffe kein Aufsehen davon.

Sehr lebenswürdig von Ihnen, erwiderte der Prokurist, der noch nicht recht wusste, wie er sich dem Detektiv gegenüber verhalten sollte.

Sehr gern. Und mein Nachbar werden wollen Sie auch?

Albert hatte die Legitimation des Fremden eingesehen, er hatte keine Veranlassung, an der Aufrichtigkeit seiner Worte und der Identität seiner Persönlichkeit zu zweifeln.

Wenn die Kajüte noch frei ist - Sie ist es. Am besten wäre es freilich, setzte der Exobert rasch hinzu, Sie blieben hier wohnen und wir rücken einfach das Bett wieder an.

Der Prokurist warf einen raschen Blick auf den Sprecher, den dieser gerade nach der Öffnung hindröckte, nicht bemerkte.

Das Vereinsgesetz gegen die Gewerkschaften.

Zum 10. November hatte die Ortsgruppe Rixdorf des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands eine öffentliche Versammlung mit dem Thema: Die betrogenen Handlungsgehilfen einberufen.

Allem Anschein nach beabsichtigt die Behörde, den Einberufer noch mit einem Strafmandat wegen unterlassener Anmeldung zu bestrafen, da man sich die Personalien deselben gewissenhaft notierte.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen wird selbstverständlich bei den zuständigen Behörden Beschwerde gegen die zu Unrecht erfolgte Versammlungsüberwachung erheben.

Wenn auch nicht daran zu zweifeln ist, daß die Überwachung der in Frage kommenden Versammlung für ungesetzlich erklärt wird, so zeigt doch auch wieder diese Tatsache deutlich das Bestreben, auch die geringen Fortschritte, die das Reichsvereinsgesetz gebracht hat, zu vernichten.

In dem Vorgehen der preussischen Polizei liegt System, denn nicht nur in Rixdorf und anderen Orten versucht man, den feierlichen Versicherungen Bethmann-Hollwegs, daß die Gewerkschaften nicht als politische Organisationen angesehen werden sollen, zum Trotz, die Gewerkschaften mit dem Vereinsgesetz zu schikanieren.

Wie mir bekannt geworden ist, besteht am hiesigen Orte eine Ortsgruppe resp. Zahlstelle des Verbandes der Glasarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, dessen Vorsitzender Sie sein sollen.

Sie werden daher hiermit veranlaßt, mir gemäß § 8 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 die Satzung des Vereins sowie das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes und zwar innerhalb einer Frist von 8 Tagen einzureichen, widrigenfalls ich Ihre Bestrafung beantragen und event. auch Zwangsmassregeln zur Anwendung bringen müßte.

Somit das Schreiben! Die Fälle, in denen man gewerkschaftliche Ortsgruppen als politische Vereine ansieht, mehren sich.

Einen besonderen Beigeschmack erhält die vorstehende Sache dadurch, daß der Amtsvorsteher zugleich Direktor der Bernsdorfer Glasfabrik ist. Wer hat wohl mehr Interesse an den Namen der Vorstandsmitglieder der Glasarbeiter, der Amtsvorsteher Dudek oder der Glashüttenleiter Dudek?

Nach der Hinweis, daß es ihm bekannt geworden sei, daß eine Zahlstelle besteht, ist einzig. Schon im vorigen Jahre hat Direktor Dudek einer Versammlung beige-

wohnt und allerlei für ihn wenig Schmeichelhaftes anhören müssen. Warum nun jetzt erst die Erläuterung?

Im übrigen werden natürlich gegen das ungesetzliche Verlangen des Amtsvorstehers die Gerichte eingreifen.

Zur Reichsversicherungsordnung.

Die Reichstagskommission erörterte in der Sitzung am Sonnabend zunächst einen Antrag des Zentrums, daß Betriebsbeamte mit einem Gehalt bis 5000 Mk. in die Versicherungspflicht einzuschließen seien.

Eine längere Debatte rief ein Antrag des Zentrums und der Volkspartei hervor, die folgenden § 568 a einzufügen wollen:

"Durch Beschluß des Bundesrats kann die Unfallversicherung auf bestimmte gewerbliche Berufskrankheiten ausgedehnt werden. Der Bundesrat ist berechtigt, für die Durchführung besondere Vorschriften zu erlassen."

Die Regierung erklärt sich gegen diesen Antrag, da für einzelne Berufe die Belastung zu groß sei und gegenwärtig durch die Krankenversicherung und Witwen- und Waisenversicherung für die Personen gesorgt ist, die an einer Gewerbekrankheit leiden.

Trl (Zentrum) ist gegen den Antrag seiner Parteifreunde, er will z. B. die Bleierkrankungen im Malergewerbe nicht entschädigen.

Unlere Genossen weisen darauf hin, daß sie, wie in erster Lesung, alle Gewerbekrankheiten entschädigen wissen wollen. Aber der vorliegende Antrag macht einen Anfang mit der Entschädigung der Gewerbekrankheiten, deshalb können wir ihn empfehlen.

Der Antrag wird schließlich mit 12 gegen 11 Stimmen angenommen. Dagegen stimmen die Konservativen, Nationalliberalen und Trl (Zentrum).

Zu § 584 hatte das Zentrum den Antrag gestellt, daß der Lohn bis zu 1800 Mark Jahresverdienst bei der Rentenberechnung voll in Anlaß gebracht werden soll. Bisher war die Grenze bei 1500 Mk. Unsere Genossen verlangen die volle Anrechnung des Jahresarbeitsverdienstes, erklären aber, daß sie für den Zentrumsantrag stimmen. — Die Abstimmung wird ausgelegt.

Der § 588 bestimmt, daß, wenn der Ortslohn bei der Rentenbemessung in Frage steht, die Kürzung dieses Ortslohnes erfolgt, wenn der Versicherte vor dem Unfall bereits in seiner Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt war. In erster Lesung hatte die Kommission beschlossen, daß Kürzung nicht erfolgt, wenn der Arbeiter trotz der Erwerbsminderung tatsächlich soviel verdient hatte, als der Ortslohn beträgt. Die Konservativen wollen hier einfügen, daß aus Wohlwollen gewährte Entlohnungen nicht in Betracht gezogen werden. Für diese die Arbeiter schädigende Rentenbe-

merkte. Und das war gut. Es war ein Blick voll Mißtrauen und plötzlich Erkenntnis. Der Pseudodetektiv, durch den erlangten Erfolg ermutigt, war zu weit gegangen. Er unterschätzte die Intelligenz seines Gegners, der seine rasche Zusage jetzt bereute.

"Danke", wies er die letztere Zumutung ab, "der Platz hier ist mir unheimlich geworden. Ich will doch lieber wechseln".

"Vielleicht haben Sie recht. So will ich alles Erforderliche besorgen".

Als Joanesco Simbirski ihn verlassen hatte, setzte sich Albert nachdenklich auf den ovinösen Koffer. Er sagt die Wahrheit, dachte er, die Gefahr beginnt erst. Ich werde wachen müssen für und kämpfen müssen um mein Leben. Die Begebennisse der letzten Stunden haben mir gezeigt, wessen diese Wuchsen fähig sind. Die Einbrecher hätten mich ohne meinen Revolver ohne weiteres erschossen. Und daran, daß dieser sogenannte Oberst oder Geheimpolizist mit ihnen im Bunde ist, kann gar kein Zweifel obwalten. Wer weiß, was für eine Art Medizin er mir vorhin zugebacht hatte. Ein Narkotikum oder Gift wahrscheinlich. Am liebsten wies ich jetzt noch die angebotene Kabine zurück, aber es scheint mir geraten, ihn nicht wissen zu lassen, daß ich ihn durchschaue.

Der falsche Geheimpolizist besprach sich indessen mit dem Kapitän und Quartiermeister und wies dann einen Steward an, dem Herrn Miegandt bei der Überführung in seinen neuen Schlafraum beihilflich zu sein, worauf er sich mit allen Zeichen innerlicher Genugtuung in der Nähe der Landungsbrücke postierte, die er verstoßen im Auge behielt. Offenbar erwartete er irgend etwas Besonderes. Nach einiger Zeit ward er unruhig, die Mannschaften trafen schon Anstalten zur Abfahrt.

Endlich, murmelte er - vom Quat her näherten sich eiligen Schrittes zwei Männer, von denen einer einen großen schwarzen Rollkoffer und die Tracht eines bulgarischen bäuerlichen Landmannes trug, während der andere aufsehnend

ein echter Sohn des osmanischen Reiches war. Ersterer trug einen ziemlich großen Koffer, und dieser Koffer war es, den Joanesco förmlich mit den Händen verschlang.

Die Musterung fiel augenscheinlich zu seiner Befriedigung aus.

"Schon hat seine Sache vortrefflich gemacht," sagte er vergnügt zu sich selbst. "Die Koffer sind kaum zu unterscheiden, Größe, Farbe, Beschaffenheit, alles stimmt so gut wie überein. Und er selber ist in dem Warte nicht wiederzuerkennen, am wenigsten von jemand, der ihn nur flüchtig gesehen hat."

Ohne sich dem Risiko, daß jemand ein Einverständnis zwischen ihm und den Aufsammlingen beobachten könnte, auch nur durch eine Geste oder Bewegung auszulassen, fehrte er in seine Kabüte zurück. Die Fahrt war noch lang - es müßte doch mit dem höllischen Feuer zugehen, kalkuliert er, wenn es nicht gelingen sollte, bis zum Endhafen oder am liebsten schon bis Brindisi einen Tausch der Koffer zu bewerkstelligen - daß wir dann rechtzeitig vom Schiffe fortkommen, dafür will ich schon sorgen."

Der schlaue Spitzbube hatte indessen bei seiner Berechnung die Klugheit seines Gegners nicht hoch genug eingeschlagen. Der Prokurist verließ seine Kabüte von Stund an so gut wie garnicht. Beschah es doch einmal, so wählte er dazu die Zeit, in welcher der Steward den Raum in Ordnung brachte, er entschuldigte sich mit dem Übelbefinden, nahm alle Mahlzeiten unten ein, las und rauchte, und schlief so gut es ging am Tage, wozu er sich auf den Koffer setzte, indes er nachts über wach blieb. Sobald es dunkelte, legte er die elektrische Beleuchtung seiner Kabine in Betrieb, und erst wenn der Tag angebrochen war, verzichtete er auf die wohlthätige Sende des künstlichen Lichts. Der Sechsstündige lag schußbereit auf dem Koffer, eine Kaffeemaschine, die er vom Koch geliehen, lieferte mehrmals ihren ermunternden Prank. Meist las er oder er ging, wenn die Erregung zu gewalttätig über ihn kam, auf und ab, dann und wann an den Wänden der Nachbarkajüte lauschend. Während des Tages untersuchte er mehrmals die das Geläch des Detektivs von der feintönen scheidende Wand. Er bemerkte jedoch während der ersten zwei Tage nichts Verdächtiges. Auch sein Nachbar ließ sich nicht bei ihm blicken, er hörte nur wenig und sah nichts von ihm.

Da in der zweiten Nacht, die er auf die gequälte Weise durchwachte - vernahm er, wie Joanesco kurz vor

D. T. V.

Heute, Montag, 11 1/2 Uhr:
Vorstandsitzung bei Gutsche.

Zu sofort od. 1. Januar 1911 eine
2. Stg. Watenigmauer, 2 Zimmer
u. allen Zubehör. Preis 180 Mk.
Möhrens Morckestr. 16-18, part.

Gesucht Frauen

zum Antragen von Zeitschriften,
vormittags. Offerten unter Z 110
an die Expedition dieses Blattes.

Gesucht ig. Mädchen zur Erlern.
der Schneideri. u. eine Näherin.
Busefiststraße 4a.

Für Brautleute!

Neue moderne Wohnungs-Ein-
richtung, bestehend aus Wohn-
zimmer, Schlafzimmer und Küche.
Preis 490 Mk. Sämtliche Möbel
werden unter Garantie geliefert.
Selbelpfah 17, part.

Wegen gänzlicher Räumung

Dauerobst, riesig billig,
Borsdorfer 8 Pfg., Winter-Granen-
steiner 10 Pfg., Kochäpfel 7 Pfg.,
Zitronenäpfel 10 Pfg., Nonnen 9 Pfg.,
ff. Schirnen 15 Pfg., Zwiebeln 6 Pfg.
per Pfund.

W. Böttcher, Alifstraße.
Zu Weihnachten empfehle:
Apfelsinen, Nüsse, Feigen, Datteln
u. m. enorm billig.

Von jetzt ab jeden Dienstag:
Landleberwurst, Grütz- und
Brotwurst, Sauerfleisch,
Schwarzpauer.

H. Gehrken, Schlumacherstr. 8

Öffentliche politische Versammlung.

Große öffentliche Frauenversammlung

Freitag, den 18. November, abends 8 1/2 Uhr
im großen Saale des Gewerkschaftshauses.

Tagesordnung:

1. Die Teuerung im Arbeiterhaushalt.

Referentin: Frau **Wilhelmine Kähler** aus Berlin.

2. Freie Diskussion.

Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse, es ist eure Pflicht, in Massen dieser Versammlung beizu-
wohnen.

Die Einberuferin: **Else Schlomer**, Schwartauer Allee 51.

Gesucht sofort ein ordentl. zuverläss.
Mädchen, welches Ostern die Schule
verlassen hat, zu einem Kinde.
Schlutup. **Ahrendt & Co.**
Frischschäbcherl.

Ein guter **Seeschrank**
billig zu verkaufen
Schönkampstraße 8a.



**Vereinigte
Butterhändler**
v. Lübeck u. Umg.

Allerfeinste Meiereibutter

kostet Pfd. **1.40** Mk.

**Brauerei- und
Mühlenarbeiter!**

Mitglieder-Versammlung

am **Donnerstag, 16. November,**
nachmittags 3 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52 (kl. Saal).
Tages-Ordnung:
Aufnahme neuer Mitglieder.
Abrechnung vom Stiftungsfest.
Kartellbericht.
Bericht des Vorstandes.
Unser Tarif und welche Lehren
ziehen wir daraus?
Verschiedenes.
Kollegen, der wichtigen Tages-
ordnung wegen müßt ihr alle er-
scheinen. Mitgliedsbücher mitbringen.
Der Vorstand.

Achtung Schneider!

Mitglieder-Versammlung

am **Dienstag, 15. November,**
abends 8 1/2 Uhr,
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Antwortschreiben des Ausschusses.
2. Kartellbericht.
3. Stellungnahme zur Erhöhung
des Lokalgeschenks für Zugereiste.
4. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Freie Jugend Lübecks.

Mittwoch, den 16. November 1910
nachmittags 4 1/2 Uhr
**Zusammentritt im
Gewerkschaftshaus.**
Der Jugendausschuß.

Hansa-Theater

Anfang 8 1/2 Uhr.
Gastspiel des Original
Parisiana-Ensembles,
mit den bekannten Schlagern:
Turfgeheimnisse
Schwan in 1 Akt von Koldhardt.
Verbotene Frucht
Interieurstück in 1 Akt v. Provinz.
Ein wenig Musik
Steig in 1 Aufzug von Gronier.
Loos Nr. 33
Schwan in 1 Akt von W. Ascher.
Seit Monaten in Hamburg
Tagesgespräch. In Berlin täglich
vor ausverkauften Häusern.
Vorzugskarten haben nur
wochentags Gültigkeit.

Neues Stadttheater.

Dienstag, 15. November, 7 1/2 Uhr.
Die Jungfrau von Orleans.
Tragödie von Schiller.
Mittwoch (Bußtag): Geschlossen.
Donnerstag, 17. Novbr. 7 1/2 Uhr.
Ren! Zum 1. Male! Ren!
Madame Butterfly.
Oper von Puccini.
Freitag, 18. Novbr. 7 1/2 Uhr
Fritz-Reuter-Feier!
Einmal Gastspiel C. W. Biller.
Onkel Bräsig.
Szenenbild von Fritz Reuter

Gefunden ein Trauring. Abzu-
holen nach 8 Uhr abends
Ludwigstraße 61, pt.

Deutscher

Metallarbeiter - Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Versammlung

am **Mittwoch (Bußtag)**
nachmittags 4 Uhr
in **Schwartau**
im **Gasthof Transvaal.**
Die Lübecker Kollegen versammeln
sich zur Teilnahme an der Versam-
lung um 2 Uhr auf dem Lindenplaz.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiterverband

Zahistelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am **Dienstag, dem 15. November 1910**
abends 8 1/2 Uhr
im **Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.**

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des **Gauvorstehers Neumann**, Ham-
burg, über: „Die Leistungen und die Stellung
des Holzarbeiter-Verbandes in den modernen
Wirtschaftskämpfen“.
2. Bericht der **Aufsichtskommission** des paritätischen
Arbeitsnachweises.
3. **Weihnachtsvergütungen.**
4. **Verschiedenes.**

Die Ortsverwaltung.

Gesangverein „Eintracht“

Lieder-Abend

(Duett- und Doppel-Quartett-Vorträge)

mit **nachfolgendem Ball**
am **Donnerstag, 24. November 1910,**
im **Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.**

Anfang 8 Uhr. Ende 2 Uhr.

Preis der Herrenkarte 30 Pfg., eine Dame frei. Einzelne Dame 20 Pfg.,
wofür Garderobe.
Damentarten sind nur an der Kasse zu haben. Mitglieder gegen Vor-
zeigung ihrer Mitgliedskarte freien Eintritt.

Karten sind zu haben bei: **C. Wittfoot**, Hüßstraße 18, **F. Lender**,
Hüßstraße 94, und im **Gewerkschaftshaus.** D. O.

Dilettanten-Klub „Freiheit“.

Großer theatralischer Abend
am **Dienstag, dem 15. Novbr. 1910,**
im **Konzerthaus „Flora“, Nebenhotstraße.**

Zur Aufführung gelangen:

4 große lustige Einakter.

Kassenöffnung 7 1/2 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.
Eintritt 30 Pfg. Programm frei. Kinder die Hälfte.
Das Komitee.

Hansa-Theater

Eigentümer und Direktor: **Fritz Rittschers Wwe.**
Ab **Donnerstag, den 17. November:**
Ensemble-Gastspiel des
Wiener-Kunst-Theaters.
: Anzengruber-Zyklus:
Näheres die Anschlagssäulen u. die Annoncen
in den Tageszeitungen am 15. November.

Ein wertvolles Buch für jedermann ist

Der Ratgeber

für das praktische Leben.

Hand- und Nachschlagebuch für alle
Angelegenheiten; praktischer Hausarzt
und Rezeptbuch nebst einem Anhang
enthaltend: Wörterbuch der neuen Recht-
schreibung, Zinsenberechnungs- u. andere
Tabellen. — 1200 Illustrationen und
Kunstbeilagen.

Preis dieses 1200 Seiten starken Werkes 3,50 Mk.
nach auswärts 50 Pfg. Porto zu.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung von Fr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Ein interessantes
Wachstum!



1903 - 4 - 5 - 6 - 7 - 8 - 1909

Dieses Bild zeigt - in genauen Maßen - die
enorme Umfangsteigerung von **PALMIN**
(Pflanzenfett) und **PALMONA** (Pflanzen-
Butter-Margarine) in Deutschland inner-
halb der letzten 7 Jahre. — Ein stärkerer
Beweis für das Bedürfnis nach **PALMIN**
und **PALMONA** und für die Beliebtheit
unserer Produkte ist kaum denkbar.
H. SCHLINCK & CIE., A.-G.